

A. Einleitung

Seit etwa zwei Jahrzehnten geht der Gesetzgeber vermehrt dazu über, die Arbeitgeber zur Bestellung von Betriebsbeauftragten zu verpflichten. Maßgebend hierfür ist die Überlegung, daß die Einhaltung von gesetzlichen Schutzvorschriften - insbesondere in den Bereichen der Arbeitssicherheit, des Umweltschutzes und des Datenschutzes — nicht allein durch staatliche Überwachungstätigkeit, sondern effektiver durch betriebsinterne Personen erreicht werden kann. Die Betriebsbeauftragten haben sonach — gleichsam als innerbetriebliche Kontrollorgane — in erster Linie Arbeitnehmer- und Drittinteressen wahrzunehmen, die sich auch gegen die Interessen des Arbeitgebers richten können. Obwohl die Betriebsbeauftragten im Schrifttum zunächst nicht immer ganz für ernst genommen wurden¹, kommt ihnen mittlerweile in der betrieblichen Praxis ein sehr hoher Stellenwert zu.

Ein eigenständiges Gesetz über die betrieblichen Beauftragten sucht man allerdings vergebens. Die einschlägigen Regelungen sind vielmehr über zahlreiche Gesetze verstreut. Bei diesen Vorschriften, die u.a. im Hinblick auf die Voraussetzungen der Bestellungspflicht, die Form der Bestellung, die Aufgaben der Betriebsbeauftragten sowie deren Rechtsstellung gegenüber dem Arbeitgeber erhebliche Unterschiede aufweisen, handelt es sich insbesondere um die §§ 1 ff. ASiG, § 719 RVO, §§ 53 ff. BImSchG, §§ 58a ff. BImSchG, §§ 21a ff. WHG, §§ 11a ff. AbfG und die §§ 36 ff. BDSG.

Die §§ 1 ff. ASiG betreffen die Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit. § 719 RVO befaßt sich mit den Sicherheitsbeauftragten. Die §§ 53 ff. BImSchG behandeln die Betriebsbeauftragten für Immissionschutz, §§ 58a ff. BImSchG die Störfallbeauftragten, §§ 21a ff. WHG die Betriebsbeauftragten für Gewässerschutz, §§ 11a ff. AbfG die Betriebsbeauftragten für Abfall und §§ 36 ff. BDSG die Beauftragten für den Datenschutz. Hinzu kommen u.a. die Tierschutzbeauftragten (§ 8b TierSchG), die Beauftragten für die Biologische Sicherheit (§§ 16 ff. GenTSV), die Gefahrgutbeauftragten (§§ 1 ff. GbV), die Strahlenschutzbeauftragten (§§ 29 ff. StrlSchV und §§ 13 ff. RöV), die Kesselwärter (§ 26 DampfkV), die Druckluftfachkräfte (§18 DrucklV), die Aufzugswärter (§ 20 AufzV), die Bildungsbeauftragten (§ 20 Abs. 4 BBiG, § 21 Abs. 4 HandwO, § 98 BetrVG) sowie die Schwerbehindertenbeauftragten (§§ 28 f. SchwbG).

1 Vgl. die Glosse von *Gola*, MDR 1976, 376.

Aufgrund der Vielzahl der einzelgesetzlichen Bestimmungen über die jeweiligen Betriebsbeauftragten wird für den Arbeitgeber in der Praxis nicht selten Unklarheit darüber bestehen, wann er welche Betriebsbeauftragten in welcher Weise zu bestellen hat, welche Qualifikationen diese haben müssen und welche Rechte und Pflichten diesen zukommen. Offenbar hat inzwischen selbst der Gesetzgeber die Übersicht verloren. Denn anders läßt sich nicht erklären, daß er im Jahre 1990 fast zeitgleich die Festigung der Unabhängigkeit bei den Immissionsschutzbeauftragten durch Erschwerung der *Kündigung* (vgl. § 58 Abs. 2 BImSchG), bei den Datenschutzbeauftragten hingegen durch Erschwerung *der Abberufung* (vgl. § 36 Abs. 3 Satz 4 BDSG) erreichen wollte, ohne daß sachliche Gründe für diese unterschiedlichen Regelungen erkennbar sind.

Die Betriebsbeauftragten weisen zudem die Besonderheit auf, daß sie - ähnlich wie Betriebsratsmitglieder - ein Amt wahrnehmen, dem ein schuldrechtlicher Vertrag, in der Regel ein Arbeitsvertrag, zugrundeliegt. Das Nebeneinander von Amt und Grundverhältnis ist in der Praxis häufig mit erheblichen Problemen verbunden. Fragen ergeben sich z.B. im Hinblick auf die Form der Begründung von Amt und Anstellung, deren Inhalte sowie mögliche Wechselwirkungen. Die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen geben hierauf entweder überhaupt keine oder völlig unterschiedliche Antworten. Besondere praktische Schwierigkeiten können auftreten, wenn die Begründung und Beendigung des Amtes anderen Beteiligungsrechten des Betriebsrats unterliegen, als die Begründung, Veränderung oder Beendigung des Anstellungsverhältnisses. Dies gilt etwa bei den Betriebsärzten, Sicherheitsfachkräften, Sicherheitsbeauftragten oder Bildungsbeauftragten.

Weitere Unsicherheiten entstehen, wenn die Beendigung des Amtes strengeren Anforderungen unterliegt, als die Beendigung des Grundvertrages. So stellt sich in der Praxis immer häufiger die Frage, ob die Vorschrift des § 36 Abs. 3 Satz 4 BDSG, derzufolge die Bestellung zum Beauftragten für den Datenschutz nur auf Verlangen der Aufsichtsbehörde oder in entsprechender Anwendung von § 626 BGB widerrufen werden kann, gleichzeitig die ordentliche Kündigung eines angestellten Datenschutzbeauftragten ausschließt (s.u. Rdnr. 548 ff).

Eine Gesamtdarstellung und -erläuterung der gesetzlichen Regelungen, die das Recht der betrieblichen Beauftragten betreffen, ist mithin dringend erforderlich. Im folgenden werden daher die wichtigsten Bestimmungen über die Betriebsbeauftragten unter besonderer Berücksichtigung der damit verbundenen praktischen Probleme zusammenfassend behandelt.